



Interviews

Datum: 14. Juli 2024

Steffen Wurzel im Gespräch mit Mikko Huotari, Direktor Mercator Institute for China Studies (MERICS)

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Wurzel: Am Mikrofon Steffen Wurzel und zu Gast ist Mikko Huotari, der Direktor des China-Forschungsinstituts MERICS mit Sitz in Berlin. MERICS, das steht für „Mercator Institute for China Studies“. Mit Mikko Huotari spreche ich über Deutschlands Umgang mit China. Herzlich willkommen beim Deutschlandfunk.

Huotari: Vielen Dank für die Einladung.

Wurzel: Vor einem Jahr hat die Bundesregierung die sogenannte China-Strategie veröffentlicht. Das ist eine Art Gebrauchsanweisung für den Umgang mit China, die sich die Ampelregierung selbst gegeben hat. Ihrer Ansicht nach, hält sich die Bundesregierung an diese selbst gegebenen Richtlinien, wenn es um den Umgang mit der Volkrepublik geht?

Huotari: Zum Teil. Also, die Strategie war natürlich ein Dokument, das erst mal eine Positionsbestimmung vorgenommen hat. Und ich glaube, insgesamt betrachtet halten sich große Teile der Bundesregierung an diese Positionsbestimmung. Sie trägt auch noch. Sie kann neue Konflikte, die aufgetreten sind, mitbearbeiten. Sie schafft Transparenz für das, was die Bundesregierung als Ganzes in der Lage war als Konsens zu formulieren. Aber es ist auch klar, nach außen hin sind deutliche Divergenzen auch der verschiedenen Ministerien, des Bundeskanzlers in der Ansprache, im Umgang und auch dann in der Interessenvertretung gegenüber China sehr deutlich sichtbar.

Wurzel: Diese Chinastrategie ist ein 60-seitiges Dokument, in dem ganz viele verschiedene Punkte angesprochen werden. Also Wirtschaft natürlich, Sicherheitspolitik, aber auch wissenschaftliche Zusammenarbeit. Es geht um Menschenrechte. Vieles von dem wollen wir in den nächsten Minuten vertiefen. Aber zunächst zu einem handwerklichen Aspekt. Und Sie haben es eben bereits angedeutet: In diesem Papier heißt es, man wolle „einheitlich“ und „abgestimmt“ agieren innerhalb der Bundesregierung, wenn es um China geht, und auch in Absprache mit der EU. Das klappt nicht so gut, oder?

Huotari: Man sieht nicht alles davon. Also, an einigen Stellen funktioniert das. Es gibt zum Beispiel Staatssekretärsrunden, die sich regelmäßig zu China austauschen. Es gibt Entscheidungen, die getroffen werden - beispielsweise im Rahmen von Investitionsprüfungen - die auch in Einheitlichkeit dann stattfinden. Aber in der China-Besuchspolitik, insbesondere in den Akzenten, den Signalen, wenn der Bundeskanzler nach China reist - im Verhältnis vielleicht zu dem, was ein Wirtschaftsminister Habeck dort formuliert vor Ort, das sind sozusagen sehr klare optische Differenzen. Da gibt es wenig Versuche auch die zu glätten. Insofern ...

Wurzel: ... können ein Beispiel geben?

Huotari: Es ist offensichtlich, dass der Kanzler sehr viel vorsichtiger ist in der öffentlichen Ansprache von sicherheitspolitischen Herausforderungen, die sich zum Beispiel im Umgang mit Russland und China, also dem Verhältnis der Unterstützung Chinas für Russland ergeben. Der Bundeswirtschaftsminister ist deutlich ambitionierter dort und formuliert kritischer. Ein anderes Beispiel ist die Frage: Umgang mit den Ausgleichszöllen, die erhoben werden sollen im Bereich der E-Mobilität. Hier ist, glaube ich, der Duktus aus dem Kanzleramt, sehr viel stärker auf „Wir wollen keinen Protektionismus“ ausgerichtet. Das ist die Hauptbotschaft. Und aus anderen Bundesministerien hört man sicherlich stärker: „Wir halten uns hier an die Linie aus der Europäischen Union. Wir sehen das fundamentale Problem der Marktverzerrung und wir müssen hier auch handeln.“

Wurzel: Aber ist es nicht so, dass dann, wenn man so viele Stimmen unterschiedlicher Art und Weise hört bei so einem wichtigen Punkt wie Zölle, die von der Europäischen Union als Reaktion auf chinesische Handelspolitik erarbeitet wurden, ist es dann nicht so, dass das diametral dem Plan entgegensteht, den man sich vornimmt in der Strategie, dass man kohärent auftreten möchte?

Huotari: Ja. Es ist klar, dass diese Differenzen nicht dazu beitragen, dass wir rückblickend sagen: Die Chinastrategie ist allumfassend gelungen. Gleichzeitig sind das, der Umgang mit dem chinesisch-russischen Verhältnis, der Umgang mit den Marktverzerrungen, das sind zentrale Konflikte, wo es auch legitim und richtig ist, dass es unterschiedliche Positionierungen gibt. Das im Vorfeld auszudeklinieren, wo genau die Linie der Bundesregierung ist, ist tatsächlich nicht leicht. Im Fall von der Präsenz von Huawei-Technologie beispielsweise in Deutschland gibt es sehr unterschiedliche Interessen, die in Einklang gebracht werden müssen. Also, ich glaube, wir sollten der Bundesregierung nicht grundsätzlich die Notwendigkeit absprechen, dass hier auch Konflikte ausgetragen werden. Aber es ist richtig, bei zentralen Konflikten ist die Bundesregierung nach außen nicht einheitlich genug aufgetreten.

Wurzel: Sie haben das Stichwort Huawei gerade genannt. Es gibt in dieser Chinastategie ein Unterkapitel, das heißt „Bedrohungen aus dem digitalen Raum“. Vor einigen Tagen hat jetzt die Bundesregierung nach jahrelangem Hickhack entschieden: Wie gehen wir mit den Bauteilen staatsnaher chinesischer Konzerne wie Huawei und ZTE um? Und zwar, die Lösung ist: Wir halten entsprechende Bauteile heraus aus den entscheidenden Netzwerken - aber das alles dauert noch viele Jahre. Wie geht das zusammen mit dem Anspruch: Sicherheit sollte eigentlich vor allem anderen gehen?

Huotari: Diese Entscheidung hat zu lange gedauert. Das ist der erste Punkt. Und in der Tat, wenn man kritische Infrastrukturen in diesem neuen geopolitischen Umfeld schützen möchte, dann ist dieser Ansatz auch ein sehr zögerlicher, der stärker auf Unternehmensinteressen und stärker auch auf den Versuch abzielt, hier ein schnelles Roll-out, eine schnelle Entwicklung der 5G-Technologie und Bereitstellung auch in Deutschland zu haben. Also hier wurde im Kanzleramt und von relevanten Ministerien – Bundesverkehrsminister Volker Wissing beispielsweise – eine andere Priorität gesetzt. Ich finde das falsch. Ich finde, dass dieser Prozess jetzt zu lange dauert, von jetzt an und auch in der Vergangenheit, die Entscheidungsfindung wirklich deutlich zu lange gedauert hat. Von Deutschland geht eine Leitwirkung aus, auch im europäischen Markt. Man hätte diese Zeit nutzen können, auch europäische Mitwettbewerber der chinesischen Anbieter zu stärken, dadurch, dass man ihnen eben eine Chance gibt am Markt zu partizipieren oder eben sie priorisiert. Das sind alles Faktoren, die dafürsprechen, dass hier wirklich eine Abwägung getroffen worden ist, die höchstproblematisch ist.

Wurzel: Wieso dauert das in Deutschland immer so lange? Ich habe das Gefühl, in anderen Ländern Europas, vor allem auch in vielen asiatischen Ländern, ist man beim Thema Umgang mit China ... geht man schneller nach vorne und kommt schneller zu einem Konsens, zu einer Entscheidung. Ist die Wirtschaft in Deutschland, sind die Unternehmen immer noch zu stark und drücken ihre Lobby zu mächtig aus?

Huotari: Ich glaube, das sind zwei verschiedene Ebenen. Das eine ist, Deutschland ist eine der offensten Volkswirtschaften der Welt, am stärksten international integriert, hat vielleicht am stärksten davon profitiert, dass Unternehmen global agieren, und dass wir auch Entscheidungen zu Technologiefragen an Unternehmen auslagern. Das ist der Standardmodus, in dem deutsche Entscheider operieren. Hier muss sozusagen ganz grundsätzlich ein Bewusstseinswandel stattfinden von einer offenen Volkswirtschaft zu einer vielleicht gehärteten, resilienten Volkswirtschaft. Und das fällt Entscheidern in Deutschland besonders schwer.

Wurzel: Warum ist das so?

Huotari: Nun, es ist 30 Jahre verdammt gut gelaufen! Ich glaube, das ist der Erfahrungshorizont von allen Akteuren. Es ist auch eben das Erfolgsmodell gewesen. Das hat uns erlaubt, ähnlich wie vielleicht auch im Verhältnis zu Russland, günstiges Gas zu beziehen, erfolgreiche Wirtschaft zu haben. Aber es ist so, dass deutsche Unternehmen eine ganz besondere Betroffenheit haben. Automobilindustrie, auch im Telekommunikationsbereich, Zulieferer, Chemie, Maschinenbau – das sind alles sehr, sehr gewichtige industrielle Akteure, die traditionell auch in Deutschland einen starken Einfluss auf die Politik haben. Sozusagen die politische Ökonomie Deutschlands hat davon profitiert, dass diese Unternehmen durchaus auch die Marschrichtung vorgegeben haben für die Außenwirtschaft. Und auch das ist jetzt natürlich infrage gestellt, weil hier einzelne, spezielle, kurzfristige Unternehmensinteressen gegen langfristige volkswirtschaftliche Resilienz- und Stabilitätsinteressen laufen.

Wurzel: Als nach der vergangenen Bundestagswahl SPD, Grüne und FDP in den Koalitionsvertrag geschrieben haben, jawohl, wir arbeiten eine Chinastrategie aus, kam vor allem aus der Wirtschaft viel Lob. Jetzt habe ich so das Gefühl, nachdem das ja sei einem Jahr veröffentlicht ist, dass sehr viele Fragezeichen sind bei der Wirtschaft. Also, zum Beispiel beim Thema De-Risking, also Stichwort Risikominimierung, da sagen viele Wirtschaftsverbände, ihr lasst uns alleine, wir können nicht einfach sagen, wir de-risken, wir nehmen Risiken aus dem Chinageschäft raus ohne Alternativen zu haben.

Huotari: Also ich glaube, die Hauptmeinung ist weiterhin, dass die Unternehmen eigentlich recht gerne alleine gelassen werden bei diesen Entscheidungen und insofern das Ausmaß der Unterstützung der Bundesregierung hier aus Sicht der Unternehmen durchaus beschränkt sein könnte. Die Hoffnung ist natürlich, dass man eher Chancen eröffnet und nicht Dinge verbietet. Und hier muss man, glaube ich, klar konstatieren, es ist nicht gelungen, der Bundesregierung, einen sehr konstruktiven, produktiven Dialog mit Unternehmen aufzugleisen zu der Thematik De-Risking, also welche Risiken können im Chinageschäft wie minimiert werden. Das ist etwas handwerklich, glaube ich, ungeschickt. Da laufen Interessen gegeneinander. Ist kein strategischer Dialog. Und insofern gibt es hier noch einiges zu tun. Ich glaube, viele Unternehmen kümmert die Chinastrategie erst mal per se auch recht wenig. Das formulieren einige direkt. Wenn, dann ist es überhaupt ein Störgeräusch, das ansonsten doch recht gute Beziehungen irgendwie beschädigt. Was tatsächlich zu Veränderungen führt, ist die gleiche Lageanalyse, nämlich, dass es große geopolitische Herausforderungen gibt, denen sich auch die Unternehmen stellen. Also insofern, es passiert einiges auch beim neu Denken der Unternehmen im Verhältnis zu China, aber nicht unbedingt wegen der Chinastrategie.

Wurzel: In der Chinastrategie steht, wir müssen unabhängiger werden von der Volksrepublik, aber wir wollen weiterhin von dem Land, von dem riesigen Markt dort profitieren wirtschaftlich. Das klingt ein bisschen schizophr.

Huotari: Ja. Aber es ist richtig, dass wir sehr differenziert auf diese Abhängigkeiten schauen. Es gibt im Input, also Abhängigkeiten im Bereich der Importe, kritische Rohstoffe insbesondere. Hier ist ein besonderer Schwerpunkt auch der Bundesregierung, der Europäischen Union darauf gelegt worden, zunächst zu analysieren, was sind die Herausforderungen und jetzt Schritte zu unternehmen, beispielsweise in der Besorgung von solchen Rohstoffen konkret auch handlungsfähig zu werden. Das ist im Gange, Abhängigkeiten, deutsche Unternehmen beispielsweise von den Erträgen, Umsätzen, Erlösen aus dem Verkauf von Exporten sind vielleicht eine andere Herausforderung als das, was passiert, wenn man sich wirklich tief durch Investitionen, durch Ansiedlungen in China in diesen Markt begibt. Und es ist richtig, dass wir da differenzierter draufschauen. Was jetzt passiert, ist schwierig. Denn viele Unternehmen sagen, unser De-Risking, unsere Risikominderung besteht darin, dass wir mehr in China investieren müssen, um dort sozusagen ...

Wurzel: ... Lokalisierung ist da auch das Thema.

Huotari: Ja. Lokalisierung, um sich in diesem Markt, der teilweise stärker geschlossen wird, weiterhin zu positionieren. Und man sieht das bei großen Unternehmen, dass sie jetzt diese multiregionalen Strategien fahren in China, mehr für China, das heißt, mehr dort auch zu investieren, mehr Forschung und Entwicklung dort beispielsweise zu machen, engere Partnerschaften mit Unternehmen, aber dann eben auch den amerikanischen Markt stärker zu stärken, auch in Europa weiterhin aktiv zu sein.

Wurzel: Chinas Staats- und Parteiführung sieht die deutsche Chinastrategie sehr kritisch. Das kann man herauslesen aus einer E-Mail der chinesischen Botschaft, die wir bekommen haben auf eine Anfrage hin. Darin heißt es, Wettbewerbsaspekte und vermeintliche Systemrivalitäten würden überbetont in dieser Strategie und ein De-Risking im Hinblick auf China sei weder realistisch noch entspreche das den deutschen Interessen. Also der Vorwurf der chinesischen Führung ist, wir seien alle miteinander in Deutschland zu alarmistisch. Ist das so? Sind wir zu alarmistisch im Umgang mit China?

Huotari: Ich glaube keinesfalls. Und wir sind auch gut beraten, uns nicht die Interessenlage aus der chinesischen Sicht vorlesen zu lassen. Es ist gut, sich das anzuhören, aber der Vorwurf, dass Risiken im Verhältnis zu China, auch sicherheitspolitische, nicht existieren, ist falsch. Da hat sich die Zeit geändert. Da ist der Begriff Zeitenwende tatsächlich angemessen. Das chinesisch-russische Verhältnis und die Art

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

und Weise, wie China darauf reagiert, auf den russischen Angriffskrieg in der Ukraine, das ist eine zentrale Verschiebung im Verhältnis zwischen Europa und China, nicht nur Deutschland und China. Das ist in ganz Europa anerkannt. Da kann die Chinesische Botschaft oder auch die Führung in Peking versuchen, da anders in der Rhetorik damit umzugehen, aber die Sachlage ändert sich nicht. Das ist der zentrale Konflikt von uns. Wie China sich positioniert, ist ein wesentlicher Faktor.

Wurzel: Das Interview der Woche im Deutschlandfunk, ein Jahr nach Veröffentlichung der Chinastrategie der Bundesregierung. Wir sprechen mit Mikko Huotari. Er leitet den China-Thinktank MERICS mit Sitz in Berlin. Lassen Sie uns genau über dieses Thema Russland/China sprechen. Die NATO hat bei ihrem gerade zu Ende gegangenen Gipfeltreffen in den USA deutliche Worte gewählt gegenüber China. In der NATO-Abschlussklärung heißt es, China unterstütze den Krieg in der Ukraine auf eine entscheidende Art und Weise. Können Sie uns das erklären? Wie sieht solche Unterstützung der Chinesen in Bezug auf Russland aus?

Huotari: Das hat mindestens drei verschiedene Ebenen. Das Erste ist, dass China ein zentraler Abnehmer für wirtschaftliche Produkte, insbesondere im Energiesektor, Öl, Gas, aus Russland ist. Und das gilt für andere Staaten im Übrigen auch. Auch Indien beispielsweise ein zentraler Abnehmer. Aber das ist schon die erste sozusagen Rettungslinie für das Regime Putin, weil ohne diese Art der Abnehmerbeziehung aus China letztlich die Kriegskasse in Russland nicht gefüllt wäre. Das Zweite ist politische Unterstützung auf der internationalen Ebene. China hat viel darangesetzt, dass Putin und Russland nicht verurteilt wird, an vielen Stellen sich in entscheidenden Fragen enthalten, versucht auch durchaus, eine globale Antisanktionskoalition zu schmieden. Also es ist eine Art Resonanzraum, Unterstützung im globalen Süden, der durchaus von Peking mit betrieben und unterstützt wird. Das Wichtigste aber im Moment ist, dass Peking zulässt, dass sogenannte Dual-Use-Güter, also Produkte, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke genutzt werden können, durch China nach Russland gelangen. Dafür sind im Übrigen viele mitverantwortlich. Aber Peking hat eine besondere Verantwortung das zu stoppen, wenn es denn in ihrem Interesse läge. Und da ist genau der Knackpunkt, denn bislang gibt es keine Anzeichen dafür, dass diese wirklich zentrale Unterstützung für die Militärmaschine Russlands durch Peking in irgendeiner Form unterbunden würde. Und das betrifft Güter, die zentral dafür sind, dass die Kriegsmaschine Russlands weiter funktioniert.

Wurzel: Man hört vor allem aus dem ganz linken und dem ganz rechten Spektrum der Politik oft den Hinweis, wir brauchen China, um überhaupt eine Lösung zu erreichen, wenn es um den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine geht. Ist das realistisch Ihrer Ansicht nach?

Huotari: Ich denke, es ist richtig, dass es sehr schwierig wird, ohne zumindest eine Tolerierung Pekings, eine Form der Zurückhaltung in der Unterstützung Russlands, in irgendeiner Weise zu einer Lösung des Konfliktes zu kommen. Also Peking muss sich bewegen. Aber dass Peking ein konstruktiver Akteur wäre, der hier im europäischen Interesse möglicherweise eine Friedenslösung herbeiführt, scheint auf der Basis von dem, was wir bislang in den letzten zweieinhalb Jahren gesehen haben, höchst unwahrscheinlich.

Wurzel: In diesen Tagen läuft im Westen von Belarus direkt an der Grenze zu Polen ein Militärmanöver von Belarus und von China. Am Freitag hat außerdem Chinas Führung angekündigt, ein großes Marinemanöver gemeinsam mit dem russischen Militär. Müssen uns diese Partnerschaften, die ganz offensiv und systematisch zur Schau gestellt werden, muss uns das Sorgen bereiten?

Huotari: Ja. Und sie sind nichts Neues. Wir schauen deutlich schärfer jetzt auf diese Verbindungen hin. Aber die Art und Weise wie China Sicherheitspartnerschaften mit häufig autoritären Akteuren ausgebaut hat – und da ist Russland zentral – ist für uns eine große Herausforderung. Es geht ja auch um eine regionale Sicherheitsarchitektur im zentralasiatischen Raum beispielsweise, aber auch im Indopazifik, wo wir eigene Interessen haben. Und dass sich hier eine Art Koalition von autoritären Akteuren zusammenschließt, die sicherheitspolitisch immer enger zusammenarbeiten, militärische Übungen durchführen, auch im Bereich der Cyber-Attacken beispielsweise oder Desinformationskampagnen zusammenarbeiten, das ist eine große Herausforderung für uns.

Wurzel: Jetzt haben Sie gerade gesagt – das ist interessant – Deutschland hat Interessen im Indopazifik. Jetzt gibt es ganz viele Leute in Deutschland, die sagen: Wieso haben wir dort Interessen? Dass die Franzosen mit Kolonien dort Interessen haben, okay, die Amerikaner auch, aber warum muss die Bundesrepublik Deutschland bei solchen transnationalen Militärmanövern im Pazifik wie RIMPAC oder Arctic Defender mitspielen?

Huotari: Es ist auf mindestens drei Ebenen wiederum völlig klar, dass wir zentrale Interessen dort haben. Das eine ist – und da ist es am unmittelbarsten und allen bekannt, man muss schon sehr verblendet sein, um das nicht zu sehen – der Handel mit Ostasien findet natürlich zentral an Lebensadern des maritimen Verkehrs statt, die beispielsweise nah an der Taiwanstraße sind oder auch in anderen Konfliktherden dort in der Region. Wir haben ein Interesse daran, dass diese Region stabil, friedlich und eben für auch Wirtschaftsverkehr offen ist. Das ist das Eine. Und das ist nicht selbstverständlich. Eine Blockade beispielsweise Taiwans ist durchaus im Rahmen des Möglichen. Das Zweite ist, dass das demokratische Partner von uns sind

dort in der Region. Ich spreche jetzt über Japan, Südkorea, Australien beispielsweise, die ihre eigenen Interessen haben und die beispielsweise, wenn es um den Krieg Russlands in der Ukraine geht, uns hier unterstützen. Das erfordert eine Rücksichtnahme zumindest oder auch eben eine Unterstützung von uns für deren Interessen in ihrer Region. Insofern sind diese beiden, wie man sagt im Englischen, „theaters“, diese beiden Arenen nicht voneinander zu trennen. Wenn wir uns Unterstützung hier in unserem Zuhause wünschen, dann sollten wir das dort auch angehen. Und das Letzte ist, hier geht es auch um Fragen der internationalen Ordnung und nicht nur im Verhältnis zu unserem wichtigsten sicherheitspolitischen Partner USA, sondern letztlich auch um Regeln und um Fragen der Prinzipien, wie überhaupt Völkerrecht durchgesetzt wird. Und auch hier: Wir haben ein großes Interesse daran, dass sich nicht China mit seinen einseitig durchgesetzten und auch durch Stärke durchgesetzten Machttaktiken durchsetzt.

Wurzel: Stichwort USA. In China hört man häufig den Vorwurf: Ihr in Europa seid im Grunde nur ein Pudel der Amerikaner, eine Art Anhängsel. Ist da was dran?

Huotari: Es ist klar, dass wir als demokratisch verfasste Marktwirtschaft erst mal ähnliche Interessen haben wie die USA, ganz grundsätzlich, was unsere freiheitliche Gesellschaftsordnung angeht, wo wir ein Interesse haben, dass sich autoritäre Einflussnahme nicht durchsetzt, was freien Wettbewerb angeht, wo wir ein Interesse haben, dass sich marktverzerrende Praktiken aus China bei uns nicht durchsetzen und was eben auch Fragen der internationalen Ordnung und der Sicherheit angeht, wo wir mit unseren Partnern eng zusammenstehen wollen. Also insofern, diese sehr große Überlappung von ähnlich gerichteten Politiken gegenüber China ist sehr rational zu erklären und hat erst mal nichts mit Pudel- und Herrenverhältnissen zu tun. Aber es ist klar – und das sieht man jetzt auch im Fall der NATO –, dass aus Washington sicherheitspolitische Signale und Anforderungen kommen, vor denen wir uns nicht verstecken können. In einer möglichen Trump-Regierung wird die Unterstützung beispielsweise der USA für Europa und den Krieg in der Ukraine möglicherweise zurückgefahren oder anders gestaltet sein. Mit der Ansage, dass hier zunehmend im Indopazifik eben die Musik spielt, das heißt, eine Art von Burden Sharing, eine Aufteilung der Lasten in sicherheitspolitischen Fragen erfolgt. Und das wird tatsächlich natürlich zentral in Washington betrieben. Wir würden uns wünschen, dass das nicht so ist. Insofern, ja, wir sind abhängig von Entscheidungen in Washington. Aber bei sehr vielen anderen Fragen ist es eher ein enges Zusammenspiel, an vielen Stellen im Übrigen auch durchaus anderer Akteure, auch in der Europäischen Union, die kluge Lösungen für Herausforderungen finden, die in Washington gar nicht so gedacht werden.

Wurzel: Das Interview der Woche im Deutschlandfunk mit Mikko Huotari vom China-Forschungszentrum MERICS. Wir sprechen über die vor einem Jahr veröffentlichte Chinastrategie. Am Freitag hat sich die „Tibet-Initiative Deutschland“ geäußert zur Chinastrategie. Ein Jahr danach sagen die, die Bundesregierung habe, was die Menschenrechte angeht, nur wenig eingehalten von dem, was sie sich da vorgenommen hat. Wie ist da Ihre Einschätzung?

Huotari: Erst mal ist es richtig, dass das Durchsetzen von Menschenrechtsinteressen gegenüber China grundsätzlich sehr viel schwieriger geworden ist. Das, was vielleicht noch Ende der 90-er, Anfang der 2000-er Jahre ging, nämlich, dass man hart auch Forderungen stellt und dann mit einer berechtigten Erwartung davon ausgehen kann, dass sich Dinge verändern, diese Zeiten sind vorbei. Peking lässt sich von außen in diesen Fragen praktisch nicht hereinreden, ganz im Gegenteil. Häufig sind, glaube ich, gegenteilige Reaktionen zu erwarten. Also, hier läuft die Bundesregierung wie fast jeder andere Akteur auf der Welt erst mal gegen eine sehr starke Wand. Ich glaube, die Regierung war recht konsistent und auch im Einklang mit der Chinastrategie, dahingehend, dass beispielsweise die Thematik Xinjiang, welche Menschenrechtsverletzungen dort begangen werden, international weiterhin stark auf der Agenda steht und da auch im Dialog, im Austausch mit China diese Dinge angesprochen werden.

Wurzel: Wieso schmunzeln Sie beim Stichwort „Dialog mit China“?

Huotari: Weil letztlich in solchen Fragen kein Dialog mit China mehr stattfindet. Also die Menschenrechtsdialoge, die zwischen der Europäischen Union und Peking beispielsweise durchgesetzt werden ...

Wurzel: ... das sind eher Monologe oder wie?

Huotari: Es sind Monologe oder mittlerweile welche, bei denen natürlich auf der chinesischen Seite dann Vorwürfe gegenüber den Menschenrechtsverletzungen der EU dann auf Augenhöhe vorgetragen werden, aber zur Lösung von konkreten Sachfragen relativ wenig beitragen. Also insofern ist es, glaube ich, richtig, dass die Bundesregierung sich sehr schwertut, Menschenrechtsfragen im Verhältnis zu China bilateral durchzusetzen. Ich finde aber, im internationalen Kontext macht sie weiterhin einen recht guten Job.

Wurzel: Teil der Chinastrategie ist auch, dass man sich vornimmt, das Ganze weiterzuentwickeln. Wie sollte es weitergehen? Wie sollte die Chinastrategie der Bundesregierung jetzt fortgeschrieben werden in nächster Zeit?

Huotari: Also es ist erst mal klar, dass Strategien sich in einem neuen Umfeld beweisen müssen. Wie ich anfangs sagte, ich glaube, die Strategie selbst hat in der Analyse noch vieles davon im Griff, was heute passiert, nämlich die neue sicherheitspolitische Herausforderung im Verhältnis Russland, China, Technologieverflechtung als eine der zentralen Aufgaben, De-Risking, die Risikominderung, auch das Thema Marktverzerrung, Überkapazitäten in China. All das ist genannt. Insofern braucht man sozusagen kein neues Analysedokument oder Positionspapier an der Stelle. Ich glaube, was wichtig wäre, wäre zum einen, den Weg zu bereiten in die dann nachfolgende Bundesregierung – das gilt im Übrigen auch für die nationale Sicherheitsstrategie – dass wir, und das ist jetzt sehr intern gedacht, eine kontinuierliche Reflexion über die strategischen Herausforderungen im Verhältnis zu China institutionalisieren. Das heißt, dass sich jede Bundesregierung durchaus vornehmen sollte, wenn sie neu ins Amt kommt, sozusagen den Sachstand zu ermitteln. Wo stehen wir? Was ist noch handlungsrelevant? Und was sind die nächsten Prioritäten? Und das ist vielleicht der wichtigste Punkt. Das ist sozusagen ein sehr umfassendes Papier gewesen, handlungsleitend für viele Ministerien, insofern erfolgreich, weil wir zumindest das gleiche Liederbuch verwendet haben, wenn wir auch nicht das gleiche Lied gesungen haben. Aber jetzt muss es darum gehen, glaube ich, im Verhältnis zu China zentrale Prioritäten zu benennen – intern, das muss aus meiner Perspektive kein öffentliches Dokument sein – und dann auch auf Umsetzung und konkrete, handlungsleitende Maßnahmen zu setzen.

Wurzel: Aus der CDU/CSU kommen Forderungen nach einer Art China-Kompetenzzentrum, zum Beispiel angesiedelt am Bundeskanzleramt. Wäre das etwas Sinnvolles?

Huotari: Also ich glaube, die Bundesrepublik insgesamt ist tatsächlich gut beraten, weiterhin in Kenntnisse von China in Handlungskapazität, also das Können im Umgang mit China zu setzen. Und ob das eine zentrale Einrichtung sein muss oder ob man systematisch investiert in die vielen Potenziale, die es in Deutschland durchaus gibt in dem Feld, ist, glaube ich, eine Frage, da muss man sehr viel darüber streiten, um das Richtige zu finden. Das Ganze findet statt in einem Umfeld, wo Haushalte gekürzt werden. Insofern scheinen mir jetzt nicht irgendwo Gelder herumzuliegen, die dafür prädestiniert sind, dass man jetzt neue Zentren schafft. Aber ich finde es grundsätzlich richtig, die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt und die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt, wenn sie sich begegnen, sollte das auf der Basis von Wissen und Kennen stattfinden. Und das ist in Deutschland nicht immer der Fall.

Wurzel: Es gibt einen Transatlantikkoordinator der Bundesregierung. Wieso gibt es noch keine China-Koordination, keine China-Koordinatorin oder einen China-Koordinator?

Huotari: Ich glaube, das ist der Tiefe und der Tradition und der Vielschichtigkeit der Beziehungen zwischen den USA und Deutschland geschuldet, auch eine spezielle Beziehung natürlich aufgrund der Geschichte des Zweiten Weltkrieges. Zumindest, wir sind gut beraten, da besonders zu investieren in diese Beziehungen. Im Falle von China sind die Tiefe und Verflechtung der Beziehung deutlich weniger ausgeprägt gesellschaftlich, auch, was Regierungskontakte und Ähnliches angeht. Aber wenn wir dieses Upgrade wollen, wäre es richtig, dass wir hier neue Kapazitäten aufbauen. Das ist im Übrigen im Auswärtigen Amt, im BMWK schon lange passiert. Die Asien-Abteilungen sind da aufgewertet worden. Ich finde, wir sollten tatsächlich eher darin denken, Indopazifikfragen stärker integriert zu denken. Und in der Hinsicht haben wir ja auch schon Koordinationsrollen geschaffen.

Wurzel: Mikko Huotari vom China-Forschungszentrum MERICS, vielen Dank für das Gespräch.

Huotari: Danke ebenfalls.